

Seite: 18
Ressort: Wirtschaft
Seitentitel: Wirtschaft
Ausgabe: Hauptausgabe

Gattung: Tageszeitung
Nummer: 166
Auflage: 291.142 (gedruckt) 252.253 (verkauft)
 267.328 (verbreitet)
Reichweite: 0,688 (in Mio.)

Deutscher Mittelstand fordert schnellen Brexit

Familienunternehmen sehen gravierende Folgen

theu. LONDON, 19. Juli. Deutsche Unternehmer fordern rasche Klarheit über die wirtschaftlichen Konsequenzen des Austritts Großbritanniens aus der EU. "Wir brauchen möglichst schnell Planungssicherheit", sagte Hinrich Mählmann, geschäftsführender Gesellschafter der Otto-Fuchs-Gruppe, zu der unter anderem der Fenster- und Fassadenhersteller Schüco gehört. Die fehlende Planungssicherheit sei "totales Gift" für Investitionen. Tobias Bachmüller vom Süßwarenhersteller Katjes Fassin sieht beim Brexit lange Übergangsfristen, wie sie von anderen Wirtschaftsvertretern gefordert werden, skeptisch: "Das ist politisch bequem, aber für die Unternehmen verlängert sich dadurch die wirtschaftlich schädliche Hängepartie", sagte Bachmüller vor Journalisten in London.

Alfons Schneider, Vorstand der Stiftung Familienunternehmen, warnte, der Brexit sei für den deutschen Mittelstand eine Bedrohung: "Die Auswirkungen können für Familienunternehmen gravierend und in Einzelfällen sogar existenzbedrohend sein", sagte Schneider. Er verwies unter anderem darauf, dass durch den EU-Austritt Großbritanniens höhere Erbschaftsteuerbelastungen und andere negative Steuereffekte drohten. Hier sei der deutsche Gesetzgeber gefordert.

Großbritannien ist einer der größten deutschen Exportmärkte. Nach Angaben der Stiftung Familienunternehmen haben rund 2500 deutsche Unterneh-

men Niederlassungen auf der Insel und beschäftigen dort etwa 400 000 Mitarbeiter. "Die große Mehrheit sind Familienunternehmen", sagte Schneider. Doch welche Konsequenzen der Brexit für die wichtigen Wirtschaftsbeziehungen haben wird, ist auch mehr als ein Jahr nach dem Austrittsvotum der Briten beim Referendum im Juni 2016 völlig offen.

Der Brexit ist politisch und wirtschaftlich ein Novum. Die Briten wollen die EU im Frühjahr 2019 nach zweijährigen Austrittsverhandlungen zwischen der Regierung in London und Brüssel verlassen. Die Premierministerin Theresa May strebt einen "harten" Brexit an, bei dem das Land nicht nur die EU, sondern auch den Binnenmarkt und die europäische Zollunion verlässt. Dadurch drohen beträchtliche neue Handelshindernisse. May will zwar ein umfassendes Freihandelsabkommen mit der EU aushandeln, doch halten die meisten Fachleute es für unrealistisch, dass dies, wie von London bisher angepeilt, binnen zwei Jahren gelingen kann.

Deshalb fordert der führende britische Unternehmensverband CBI eine mehrjährige Übergangsphase, die mehr Zeit für die komplexen Handelsgespräche schaffen soll. Während dieser Zeit solle Großbritannien sowohl im Binnenmarkt als auch in der Zollunion bleiben, empfiehlt der CBI. Doch die deutschen Familienunternehmer sehen eine lange Übergangsphase kritisch. "Das ist eine sehr zweischneidige Sache", sagte Niko-

las Stihl, der Aufsichtsratsvorsitzende des gleichnamigen Motorsägenherstellers. Er verwies ebenfalls darauf, dass dadurch die Rechtsunsicherheit weiter verlängert werde.

Die deutschen Mittelständler wünschen sich stattdessen, dass Großbritannien der EU enger verbunden bleibt als bisher von der Regierung in London angestrebt. Vorbild könnten Norwegen oder die Türkei sein, sagte Schneider von der Stiftung Familienunternehmen: Norwegen hat als Mitglied des sogenannten Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) guten Zugang zum Binnenmarkt. Die Türkei hat mit der EU eine Zollunion vereinbart.

Ob es dazu kommt, ist allerdings fragwürdig: Für die geschwächte britische Premierministerin May wäre eine solche Kehrtwende in den Brexit-Planungen innenpolitisch riskant. Die Regierungschefin kämpft seit ihrer überraschenden Schlappe bei den Parlamentswahlen im Juni ums politische Überleben. Mays Konservative verfügen im Unterhaus über keine eigene Mehrheit mehr und können nur mit Unterstützung der nordirischen Regionalpartei DUP weiterregieren. Zudem ist der Druck auf May gewachsen, beim Brexit mehr Kompromisse im Interesse der Wirtschaft zu machen, weil die Risiken eines harten EU-Austritts die Konjunktur immer stärker belasten. Seit dem Herbst hat sich das Wirtschaftswachstum stark verlangsamt.

Wörter: 514